

### Der Grand Débat National in Frankreich: Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung

Keller, Eileen; Erler, Gisela

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Keller, E., & Erler, G. (2019). *Der Grand Débat National in Frankreich: Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung*. (Aktuelle Frankreich-Analysen, 35). Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut - dfi. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-65999-3>

#### Nutzungsbedingungen:

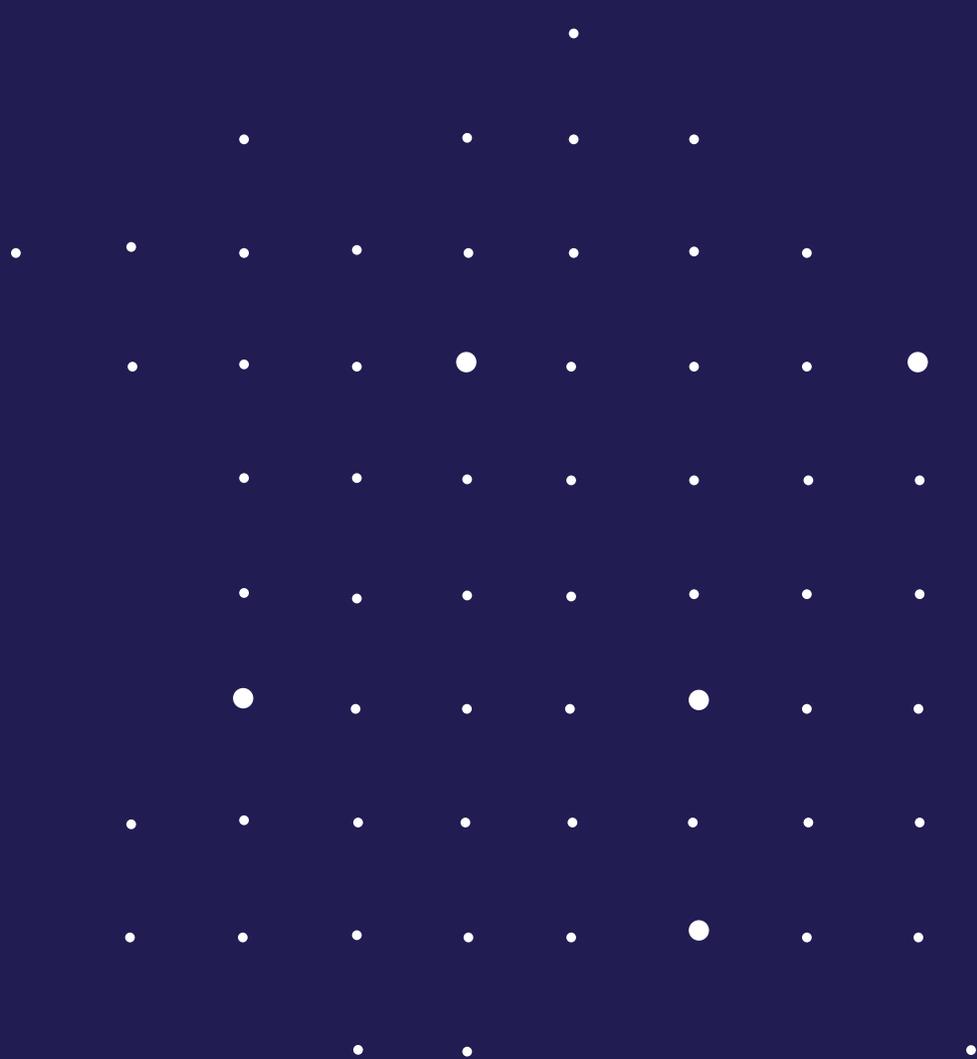
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Der *Grand Débat National* in Frankreich

Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse  
der großen Bürgerbefragung

---

**Eileen Keller**

Mit einem Kommentar von

Gisela Erler, Staatsrätin

für Zivilgesellschaft und

Bürgerbeteiligung

## Abstract

Zwischen Januar und März 2019 fand in Frankreich in Reaktion auf die Gelbwestenkrise eine groß angelegte Bürgerbefragung statt, an der sich insgesamt rund 1,5 Millionen Franzosen beteiligten. Im Rahmen des sogenannten *Grand Débat National* konnte die französische Bevölkerung ihre Nöte, Wünsche und Politikvorschläge zu den Themen Umwelt, Steuern, Staatsaufbau, Demokratie und darüber hinaus in unterschiedlichen Formaten einbringen – online ebenso wie in lokalen Versammlungen und auf regionalen Bürgerkonferenzen, über Bürger- und Beschwerdehefte und per Brief oder E-Mail.

Die vorliegende Aktuelle Frankreich-Analyse geht auf die Hintergründe der Debatte, Organisation, Ablauf, Auswertung sowie die sich daran anschließenden politischen Reaktionen ein und diskutiert deren Konsequenzen für die weitere politische Entwicklung in Frankreich. Die AFA schließt mit einem Kommentar von Staatsrätin Gisela Erler, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Bürgerdialoge in Baden-Württemberg durchgeführt und begleitet hat.

Eileen Keller\*

Mit einem Kommentar von Gisela Erler\*\*

# Der *Grand Débat National* in Frankreich

Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung

## Einleitung

\* Dr. Eileen Keller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Französischen Institut.

\*\* Diese Aktuelle Frankreich-Analyse wurde in Kooperation mit der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, Gisela Erler, erstellt und finanziell durch diese gefördert.

Große Debatte oder großes „Blabla“? – das fragte sich so mancher, nicht nur in Frankreich, in den vergangenen Monaten mit Blick auf die groß angelegte Bürgerbefragung, die der französische Präsident in Reaktion auf die Proteste der sogenannten Gelbwesten im Dezember des vergangenen Jahres ankündigte. Im Rahmen des *Grand Débat National* (oder *Grand Débat, GDN*) war die französische Bevölkerung zwischen Januar und März 2019 dazu aufgerufen, ihre Nöte, Wünsche und Politikvorschläge zu den Themen Umwelt, Steuern, Staatsaufbau, Demokratie und darüber hinaus im Rahmen einer umfangreichen Konsultation einzubringen. In knapp der Hälfte aller französischen Kommunen lagen Bürger- oder Beschwerdehefte aus, in die sich die Bürgerinnen und Bürger eintragen konnten. Über 10.000 lokale Konsultationen fanden in ganz Frankreich statt. Auf 21 Bürgerkonferenzen mit 1.400 zufällig ausgewählten Bürgern wurden anschließend Prioritäten und Lösungsvorschläge herausgearbeitet und diskutiert. 1,5 bis 2 Millionen Franzosen beteiligten sich auf diese Weise, so die offiziellen Schätzungen, an der Befragung. Selten, wenn überhaupt, wurde einer Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, sich auf so vielfältige Weise mit ihren Anliegen in die politische Debatte einzubringen.

Wie in Frankreich ist auch in vielen anderen europäischen Ländern seit einiger Zeit zu beobachten, dass sich die Formen politischer Beteiligung verändern. Parteilandschaften sind teils massiven Umstrukturierungen unterworfen. Neue

Formen der Mobilisierung und der politischen Kommunikation sind im Internet, über die sozialen Medien und im Rahmen neuer sozialer Bewegungen entstanden. Vermehrt wird die Frage gestellt, wie gut es über den Mechanismus der freien Wahlen und das freie Abgeordnetenmandat – dem Kernstück der repräsentativen Demokratie – gelingt, die unterschiedlichen Interessen zu repräsentieren. Wo sich die Bürger nicht gut vertreten fühlen, stellt sich unweigerlich die Frage nach der Legitimation eines demokratischen politischen Systems. Vor allem auf lokaler und regionaler Ebene wurde deshalb vielerorts versucht, über die unmittelbare Einbindung der Bürger in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse dem Wunsch nach Beteiligung nachzukommen und auf diesem Weg Vertrauen in die Mechanismen der repräsentativen Demokratie zurückzugewinnen.

Welche Erfahrungen hat Frankreich vor diesem Hintergrund mit seiner großen Bürgerbefragung gemacht? Welche Wünsche und Nöte haben sich im Rahmen des *Grand Débat* manifestiert und wie gut ist es gelungen, unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung einzubinden? Die vorliegende Analyse beginnt mit einem kurzen Blick auf die Hintergründe der französischen Debatte, die durch die Gelbwestenkrise ausgelöst wurde. Anschließend werden Ablauf und Instrumente der Befragung skizziert und erste Ergebnisse zu den Inhalten und den Teilnehmern dargestellt. Es folgen eine Auseinandersetzung mit den politischen Reaktionen und eine erste Einschätzung

<sup>1</sup> Mittlerweile sind es über 1,2 Millionen. Vgl. Priscillia Ludosky: Pour une Baisse des Prix du Carburant à la Pompe!, change.org.

<sup>2</sup> „Ils [le Président, le Gouvernement] évoquent la fin du monde mais nous on parle de la fin du mois.“, Rede Emmanuel Macrons zur Energiewende, 27. November 2018.

<sup>3</sup> Siehe hierzu insbesondere Jérôme Fourquet: Gilets jaunes: Sociologie d'un mouvement hors norme. IFOP Focus No 191, Februar 2019.

zur Bedeutung der Debatte und den Herausforderungen, die damit verbunden sind. Die vorliegende AFA schließt mit einem Kommentar von Staatsrätin Gisela Erler, die schildert, welche Erfahrungen

## I. Hintergründe

Ausgelöst wurde der *Grand Débat* durch die Proteste der Gelbwesten, die sich am starken Anstieg des Dieselpreises entzündet hatten. Zwischen Juni 2017 und November 2018 war dieser im Schnitt um rund 40 Cent gestiegen, was allerdings vor allem auf die Entwicklung des Ölpreises und nur zu etwa einem Viertel auf die Anhebung der Dieselsteuer zurückging. Über die sozialen Medien hatte sich innerhalb weniger Wochen eine soziale Bewegung formiert, die sich über unzählige Facebookgruppen organisierte. Ende Oktober fand eine Online-Petition gegen höhere Kraftstoffpreise binnen weniger Tage 200.000 Unterzeichner.<sup>1</sup> Über lokale Aktionen wie Straßenblockaden und die Besetzung von Kreisverkehren weitete sich der Protest schnell zu einer flächendeckenden Bewegung aus.

Im Gegensatz zu früheren Protestbewegungen war diese nicht von den Gewerkschaften oder Parteien organisiert. Vielmehr formierte sie sich unabhängig von bestehenden Institutionen der Interessensrepräsentation und -aggregation als Bürgerbewegung über das Internet. Am 17. November 2018 protestierten über 280.000 überwiegend mit gelben Warnwesten bekleidete Bürger in ganz Frankreich. Seitdem folgten weit über 20 solcher Protestsamstage, die zwar kontinuierlich an Mobilisierungskraft und Rückhalt in der Bevölkerung verloren, dafür aber teils massiv an Radikalität gewannen.

Das Aufbegehren der Gelbwesten entzündete sich an der Kraftstoffbesteuerung, weitete sich aber auch deshalb so schnell aus, weil es sich nicht darauf beschränkte. Vielmehr drückte sich darin, wie schnell deutlich wurde, eine tiefe Unzufriedenheit eines Teils der französischen Bevölkerung mit den eigenen Lebensbedingungen aus. Diese betreffen die eigene finanzielle Situation, wie sie sich in Frankreich häufig mit den Diskussionen um die Kaufkraft verbindet, ebenso wie die Güte der öffentlichen Infrastrukturen

die Landesregierung in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren mit partizipativen Verfahren gesammelt hat.

vor Ort sowie den eigenen Platz in der Gesellschaft und im öffentlichen Leben. Soziale Ungleichheiten, gepaart mit territorialen Ungleichheiten, und Schwächen in der Repräsentation unterschiedlicher Interessen sind, mit anderen Worten, die Ingredienzen der sozialen Krise, die Frankreich erlebt.

Das Profil derjenigen, die sich als Gelbwesten bezeichnen und diese unterstützen, lässt sich anhand einiger soziodemografischer Daten gut umreißen. Die typische Gelbweste stammt demnach aus dem Arbeitermilieu, lebt ca. 40 bis 60 Kilometer vom nächsten Ballungszentrum entfernt und ist in ihrem Alltag auf das Auto angewiesen, das mit dem in Frankreich lange Zeit steuerlich begünstigten Diesel betrieben ist. Die Gelbweste kommt für ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst auf. Dieser ist allerdings nicht ausreichend, um gut davon leben zu können – sei es aufgrund hoher Mieten, einer (ungewollten) Teilzeitbeschäftigung, einer unrentablen Selbstständigkeit, einer geringen Rente, gesundheitlicher Probleme oder weil sie alleinerziehend ist. Die Proteste wurden deshalb zum Aufbegehren derjenigen stilisiert, die finanziell mit dem Monatsende zu kämpfen haben, während sich die Regierung, den Luxus leistet, sich um den Weltuntergang zu sorgen.<sup>2</sup>

Repräsentative Umfragen zeigen, dass sich fast jeder dritte Arbeiter als Gelbweste sieht. Am geringsten ist der Anteil in höheren akademischen Berufen – dort sind es 11 %. Lediglich 16 % der Franzosen mit einem beruflichen Abschluss identifizieren sich nicht mit den Gelbwesten, unter jenen mit einem höheren Bildungsabschluss (> Bac +2) ist es jeder zweite. Ebenso deutliche Zusammenhänge lassen sich mit Blick auf die Abhängigkeit vom Auto sowie der geografischen Entfernung zum nächsten Ballungsgebiet finden.<sup>3</sup> Macron selbst bezeichnete das Schicksal jener Franzosen als „verhinderter Leben“ (*vies empêchées*), die aufgrund

<sup>4</sup> Institut des Politiques publiques: Budget 2019: l'impact sur les ménages. <https://www.ipp.eu/wp-content/uploads/2018/10/ipp-menages-budget2019.pdf>

<sup>5</sup> Ipsos-Sopra Steria: Fractures françaises 2018. *Vague 6*, Juli 2018.

<sup>6</sup> Sciences Po Cevipof: Baromètre de la confiance politique. *Vague 10*, Januar 2019.

<sup>7</sup> ifop: „Fractures françaises“. Enquête sur la perception des fractures territoriales et du rôle des collectivités locales. [https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2018/03/3852-1-study\\_file.pdf](https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2018/03/3852-1-study_file.pdf)

<sup>8</sup> Vgl. hierzu insbesondere die Arbeiten des Commissariat général à l'égalité des territoires (cget), <https://www.cget.gouv.fr/>

<sup>9</sup> Zu diesen Maßnahmen zählten u.a. die steuerliche Entlastung der Franzosen, die besonders abhängig vom Auto sind, die Kopplung der Kraftstoffsteuer an die Entwicklung des Ölpreises sowie letztlich die Rücknahme der Steuererhöhung.

ihrer Lebensumstände gerade so über die Runden kommen – deren Einkommen zu hoch ist, um von den durchaus großzügigen französischen Sozialleistungen zu profitieren, aber auch zu niedrig, um gut davon zu leben.

Die Proteste wurden durch Reformen ausgelöst, die die neue Regierung seit Herbst 2017 in hohem Tempo angestoßen hatte. Neben der Treibstoffsteuer und dem Tempolimit von 80 km/h auf bestimmten Landstraßen, das 2018 eingeführt wurde, trugen insbesondere die Entlastung der Superreichen durch die Umwandlung der Vermögens- in eine Immobiliensteuer und eine Reduzierung der Kapitalertragssteuer sowie eine stärkere Belastung der Rentner zum Unmut vieler Franzosen bei. Trotz dieser Maßnahmen hatte sich die Kaufkraft der meisten Franzosen kurzfristig allerdings nicht verschlechtert.<sup>4</sup> Vielmehr verbinden sich mit den Protesten über die akuten Auslöser hinaus tieferliegende Defizite, die die französische Politik seit Längerem prägen und dazu beitragen, dass anfänglich fast drei Viertel der Franzosen die Gelbwesten unterstützten bzw. mit ihnen sympathisierten.

Die Unzufriedenheit vieler Franzosen verbindet sich neben der eigenen sozioökonomischen Situation mit der als abgehoben wahrgenommen politischen Elite und dem Gefühl, nicht hinreichend mit den eigenen Ideen im politischen System vertreten zu sein. 72 % der Franzosen geben an, dass die französische Demokratie eher schlecht funktioniere und ihre Ideen nicht gut repräsentiert seien.<sup>5</sup> Der Anteil der Franzosen, der findet, dass die französische Demokratie eher schlecht funktioniere, hat sich seit 2009 von 48 % auf 70 % erhöht. Die Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen hat seit 2007 kontinuierlich abgenommen und der Anteil der ungültigen Stimmzettel sich mehr als verdoppelt.<sup>6</sup> Damit zeichnet sich ein schleichender Prozess der gestiegenen Unzufriedenheit vieler Franzosen mit dem politischen System Frankreichs über die letzten Jahre deutlich ab.

Die Unzufriedenheit hat darüber hinaus auch eine geografische Komponente und zu tun mit den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in einzelnen Teilen Frankreichs. Vor allem Bewohner ländlicher

Gebiete fühlen sich nicht hinreichend versorgt und nehmen vielerorts einen Rückzug oder Niedergang war. 82 % der Franzosen, die in ländlichen Kommunen leben, geben an, dass die Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe weniger geworden sind. Fast zwei Drittel dort beobachten, dass sich die Gesundheitsversorgung verschlechtert hat. Jeder zweite hat das Gefühl, dass seine Gegend von der öffentlichen Hand vernachlässigt wird.<sup>7</sup> Auch wenn das Bild komplexer ist als der immer wieder bemühte Stadt-Land-Gegensatz suggeriert, belegen objektive Indikatoren, wie die Beschäftigungsdynamik, das Einkommensniveau und die Altersstruktur, dass zwischen einzelnen Gebieten in Frankreich erhebliche Unterschiede bestehen, die tendenziell selbstverstärkend wirken, wenn nicht gegengesteuert wird.<sup>8</sup>

In Reaktion auf die Proteste versuchte die Regierung zunächst, diese durch eine unnachgiebige Haltung im Keim zu ersticken, was jedoch scheiterte. Angesichts des Ausmaßes der Unzufriedenheit ließen sich die Proteste auch nicht mehr, wie anschließend versucht, mit politischen Maßnahmen eindämmen, die deren unmittelbarem Anstoß – der Belastung durch die gestiegenen Kraftstoffpreise – begegneten.<sup>9</sup> Angesichts des Ausmaßes der Proteste, die mit Straßenblockaden und der Besetzung von Kraftstoffdepots einher gingen und erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachten, drohte der Regierung, die die Situation anfänglich falsch einschätzte, die Kontrolle über die Lage zu entgleiten. Aufgrund des massiven Drucks sowie der Unterstützung, die viele Franzosen den Gelbwesten zumindest anfänglich entgegenbrachten, suchten die Regierung und der Präsident schließlich die Flucht nach vorne, indem sie mittels einer breit angelegten Bürgerbefragung allen Franzosen eine andere Plattform für ihre Belange und eine andere Art der direkten Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess anboten. Der *Grand Débat National* war keine voluntaristische Aktion des Präsidenten, sondern ein aus der Not geborener Befreiungsschlag, der sich nach und nach konkretisierte.

## II. Konzeption und Ablauf

Der *Grand Débat National* entstand aus der Idee einer konzertierten Aktion, die sich ursprünglich vor allem um die ökologische Wende drehte. Über klassische Mittler und Schlüsselfiguren (Mandats-träger, Gewerkschaften, Vereine, Unternehmer...) sollten über einen Zeitraum von drei Monaten auf nationaler Ebene und vor Ort praxisnah konkrete Lösungen hierfür entwickelt werden. Diese Herangehensweise stellte Macron am 27. November 2018 im Rahmen einer bereits länger geplanten Rede vor und nahm dabei erstmals öffentlich Stellung zu den Gelbwesten. Dabei verknüpfte er die ökologische eng mit der Notwendigkeit einer sozialen Wende.

Mit seiner Ansprache an die Nation am 10. Dezember 2018, in der er den wirtschaftlichen und sozialen Notstand verkündete und weitreichende Zugeständnisse im Umfang von 10 Milliarden Euro an die Gelbwesten zur Befriedung der Situation machte, deutete sich an, dass der *Débat National* die Züge einer

Bürgerkonsultation annehmen würde. Der Präsident betonte, dass die Debatte breiter als ursprünglich geplant ausfallen und grundlegende Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenleben tangieren müsse – zur politischen Repräsentation ebenso wie zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zu Fragen des täglichen Lebens. Hieran sollten auch jene Bürger teilnehmen können, die nicht über Parteien politisch aktiv sind. Damit war der Weg der Bürgerbefragung eingeschlagen, über die eine Art neuer Gesellschaftsvertrag („*contrat pour la Nation*“) etabliert werden sollte.

Noch im Dezember wurden auf Initiative der Vereinigung der Bürgermeister ländlicher Gebiete (*Association des Maires Ruraux de France*) in vielen Kommunen Bürger- und Beschwerdehefte ausgelegt, in die die Einwohner ihre Nöte und Wünsche eintragen konnten. Erste Erkenntnisse hieraus, die über die Präfekturen aggregiert wurden, flossen in die weitere Konkretisierung des *Grand Débat* ein.

### Cahiers de doléances – der Dritte Stand tut Kund

Mit den Bürger- und Beschwerdeheften, die im Rahmen des GDN in vielen Rathäusern auslagen, wurde an eine alte französische Tradition aus dem Ancien Régime angeknüpft. Bis zur französischen Revolution wurden die Wünsche und Beschwerden des Dritten Standes in solchen Heften notiert und im Rahmen der Generalstände vorgetragen. Besondere Bekanntheit erlangten die Beschwerdehefte, die von Ludwig XVI. im Mai 1789 angefordert wurden, da sie besonders umfangreich die Lage der französischen Bevölkerung dokumentierten. Wie heute spielte auch damals die Frage der Besteuerung eine wichtige Rolle.

### Organisation und Ablauf

In einem Brief an die Franzosen definierte Emmanuel Macron Mitte Januar die zentralen Themen des GDN. Zwei Tage später wurde die Online-Plattform *granddebat.fr* freigeschaltet, die als zentraler Bezugspunkt diente und alle Aktivitäten rund um den GDN dokumentierte und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machte. Über die Webseite wurden die lokalen Debatten angekündigt und deren Ergebnisse publiziert. Zusätzlich konnten sich die Bürger dort online über einen Fragebogen und freie Beiträge an der Debatte beteiligen.

Außerdem wurde umfangreiches Material zur Organisation, Moderation und inhaltlichen Vorbereitung der lokalen Debatten bereitgestellt.

Parallel dazu wurden in allen 101 Départements des Landes an zentralen Orten des öffentlichen Lebens, wie Bahnhöfen oder Postämtern, Stände aufgestellt, die ebenfalls Vorschläge und Rückmeldungen der Bürger entgegennahm. Es wurden bewusst vielfältige Zugänge zum GDN geschaffen, die unterschiedlichen Kommunikations- und Beteiligungspräferenzen entsprechen sollten.

<sup>10</sup> Siehe auch: Restitution du Grand Débat National, <https://granddebat.fr/media/default/0001/01/d1b3d5930d07405e87e-7789750ee3850faff3de4.jpeg>

<sup>11</sup> Commission Nationale Du Débat Public 2019: Mission d'accompagnement et de conseil pour le grand débat national. Rapport.

<sup>12</sup> In ganzer Länge nachzuvollziehen auf der Seite des Elyseepalastes: <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/grand-debat-national>

Der GDN wurde von einem 40-köpfigen Team koordiniert und begleitet. Dieses wurde im Januar 2019 per Dekret durch eine auf drei Monate angelegte interministerielle Mission eingerichtet, die beim Premierminister angesiedelt wurde. Das Team aus Beamten bereitete die Debatte inhaltlich vor. Zusätzlich wurden 104 Referenten in den Präfekturen benannt, die auf Départementebene über die Durchführung der lokalen Debatten wachten.<sup>10</sup> Die Kosten des GDN werden auf rund 12 Millionen Euro geschätzt.

Bei der Konzeption und Durchführung wurde die Regierung anfänglich von einer staatlichen Kommission (*Commission Nationale du Débat Public*) beraten und begleitet, die einen Bericht mit Empfehlungen zur Konzeption und Durchführung der Debatte vorlegte.<sup>11</sup> Die Zusammenarbeit wurde allerdings aufgrund von Diskussionen um das Gehalt der Präsidentin der Kommission vorzeitig beendet. Stattdessen wurde die politische Leitung zwei Kabinettsmitgliedern übertragen – Sébastien Lecornu und Emmanuelle Wargon –, in deren Zuständigkeit die Gebietskörperschaften und

die ökologische Wende liegen. Neben dem Präsidenten und dem Premierminister sollten sie die Debatte öffentlich begleiten.

Den Auftakt des GDN bildete am 15. Januar eine Veranstaltung mit 600 Bürgermeistern in der Turnhalle einer Kleinstadt in der Normandie, in deren Rahmen der französische Präsident den unmittelbarsten staatlichen Repräsentanten der Bürger sieben Stunden lang Rede und Antwort stand.<sup>12</sup> Weitere medial intensiv begleitete mehrstündige Veranstaltungen des Präsidenten mit Bürgermeistern ebenso wie mit anderen Zielgruppen (Frauen, Jugendliche, ...) folgten in den kommenden Wochen, verteilt über die ganze Republik.

Um eine möglichst breite Mobilisierung zu erreichen, konnten die lokalen Debatten von ganz unterschiedlichen Trägern organisiert und durchgeführt werden – von Bürgermeistern oder Abgeordneten ebenso wie von Vereinen und Bürgergruppen. Als Methode für die Durchführung wurden von den Organisatoren strukturierte Diskussionen in Kleingruppen

### Ablauf des Beteiligungsverfahrens

November – Mitte Januar	<b>Ankündigung und Vorbereitung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 27. November: Macron kündigt eine konzertierte Aktion zur ökologischen und sozialen Wende an</li> <li>• 8. Dezember: Bürger- und Beschwerdehefte werden in den Rathäusern ausgelegt</li> <li>• 10. Dezember: Macron weitet den Gegenstandsbereich aus und kündigt eine Bürgerkonsultation an</li> <li>• 13. Januar: Brief des Präsidenten an die Franzosen</li> </ul>
Mitte Januar – Mitte März	<b>Lokale Bürgerkonsultationen im ganzen Land</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Online-Befragung</li> <li>• Lokale Debatten in unterschiedlicher Trägerschaft</li> <li>• Stände in allen 101 Départements</li> </ul>
2. Märzhälfte	<b>Regional- und Themenkonferenzen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 11.-13. März: 4 nationale thematische Konferenzen mit den Zwischengewalten</li> <li>• 15./16. und 22./23. März: 21 Regionalkonferenzen mit Zufallsbürgern</li> </ul>
April	<b>Auswertung und Reaktionen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 2./3. und 9. April: Debatte in der Nationalversammlung</li> <li>• 8. April: Präsentation der Ergebnisse der Befragung und erste Schlussfolgerungen durch den Premierminister</li> <li>• 10. April: Debatte im Senat</li> <li>• 25. April: Macron kündigt sein Maßnahmenpaket in Reaktion auf die Debatte an</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung.

<sup>13</sup> Synthèse des Conférences citoyennes régionales, <https://granddebat.fr/media/default/0001/01/0fb76a304e8f30869c8e8b34f14cb564b18f4836.pdf>

pen (*ateliers participatifs*) vorgeschlagen. 8-10 Personen versammeln sich in diesem Rahmen um einen Tisch und bestimmen einen Sprecher. Anschließend werden in Etappen (Einstieg ins Thema – Herausforderungen – Lösungsansätze) individuelle Überlegungen, die auf Kärtchen notiert werden, in der Kleingruppe diskutiert. Dabei sollen jeweils die zwei

bis drei wichtigsten Elemente sowie deren Begründung gemeinsam herausgearbeitet werden. Abschließend stellen die Sprecher die Ergebnisse im Plenum vor. Im Nachgang reichen die Organisatoren ein Ergebnisprotokoll ein, das auf der Seite des GDN einsehbar ist.

#### Die Instrumente des Grand Débat

- **Bürgerhefte:** Hefte, die in vielen Rathäusern auslagen, und in die die Bürger ihre Wünsche und Nöte eintragen konnten
- **Lokale Konsultationen:** Veranstaltungen vor Ort in unterschiedlicher Trägerschaft, in denen sich die Bürger frei äußern konnten
- **Bürgerkonferenzen:** Moderierte Regionalkonferenzen mit zufällig ausgewählten Bürgern
- **Onlinebefragung:** Fragebogen und die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung über das Internet

Im Anschluss an die lokalen Konsultationen wurden die Themen des GDN im Rahmen von vier nationalen Konferenzen mit den Zwischengewalten (Gewerkschaften, Think Tanks, Nichtregierungsorganisationen...) diskutiert. Abschließend fanden 21 regionale Bürgerkonferenzen mit per Zufallsauswahl bestimmten Bürgern statt. Zwischen 80 und 100 Teilnehmer sollten über zufällig kreierte Telefonnummern (überwiegend Handynummern) für jede der eineinhalbtägigen Veranstaltung rekrutiert werden. Reise- und Übernachtungskosten wurden übernommen, Incentives wurden keine bezahlt. Bei der Zusammensetzung wurde auf Alter, Geschlecht, das sozioökonomische Profil, das Département sowie die Größe des Wohnortes geachtet. Eine Konferenz war jungen Menschen zwischen 18 und 25 vorbehalten. Die Bürgerkonferenzen wurden von zwei Beratungskabinetten – *Res Publica* und *Missions Publiques* – durchgeführt und begleitet.<sup>13</sup>

#### Thematische Schwerpunkte

Um eine gewisse Vergleichbarkeit über die Veranstaltungen hinweg zu garantieren, wurden von Macron vier Themenschwerpunkte vorgegeben, die über

zahlreiche Einzelfragen zu unterschiedlichen Aspekten aufgefächert wurden. Damit sollten andere Themen allerdings nicht von der Debatte ausgeschlossen werden. Bei den vier Themenbereichen handelte es sich um:

- **Steuern, Ausgaben und Aufgaben der öffentlichen Hand:** Neben der Frage der Steuergerechtigkeit ging es angesichts der angespannten Haushaltssituation sowie des Wunsches vieler Franzosen nach einer Senkung der Steuerlast vor allem um die Ermittlung von Prioritäten für Einsparungen bzw. um Vorschläge, wie etwaig gewünschte neue Leistungen finanziert werden können.
- **Staats- und Verwaltungsaufbau:** Dabei handelte es sich um teils recht abstrakte Fragen zum Staats- und Verwaltungsaufbau, zur Vereinfachung administrativer Verfahren sowie zur Kompetenzverteilung zwischen den unterschiedlichen Ebenen. Die Themen Dezentralisierung und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Fläche und vor Ort standen dabei besonders im Mittelpunkt.
- **Energiewende:** Auch hierbei spielte die Frage der Finanzierung eine wichtige Rolle. Daneben ging es um die Identifizierung praktischer Lösungen

<sup>14</sup> La charte du grand débat, <https://granddebat.fr/pages/charte>

<sup>15</sup> Darunter der soziale Dialog im Unternehmensbereich, Verfassungsrecht, Politikwissenschaft sowie Bürger- und Konsumentenrechte. Vgl. auch <https://granddebat.fr/pages/le-college-des-garants#guarantor-jpb>

<sup>16</sup> Die offiziellen Auswertungen können auf der Seite des GDN heruntergeladen werden: <https://granddebat.fr/pages/syntheses-du-grand-debat>

zur Bewältigung der ökologischen Wende im Alltag (Transport, Gebäudesanierung, Nahrungsmittelkette...).

- **Demokratie und Staatsbürgerschaft:** In diesem Zusammenhang wurden sehr grundsätzliche Fragen zur Ausgestaltung demokratischer Verfahren und politischer Institutionen gestellt. Diese reichten vom Wahlrecht (Braucht Frankreich mehr Proportionalität? Soll es in Frankreich eine Wahlpflicht geben?) über die Ausgestaltung einzelner Institutionen (Rolle des Senats und anderer Versammlungen, Reduktion der Anzahl der Mandatsträger) bis hin zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung (über Referenden, Bürgervertretungen in politischen Entscheidungsverfahren). Auch Fragen zu Migration und Integration (Braucht Frankreich eine Quotenregelung für die Zuwanderung?) und zur Laizität, dem französischen Grundsatz für den Umgang mit Religionen im öffentlichen Raum, wurden in diesem Zusammenhang thematisiert.

## Begleitung und Auswertung

Eine von der Staatsspitze angekündigte und von der Regierung getragene Konsultation sieht sich leicht dem Vorwurf der politischen Vereinnahmung ausgesetzt. Transparenz sollte vor allem durch eine unabhängige Auswertung sowie die öffentliche Zugänglichkeit des im Rahmen der GDN gesammelten Materials über die Französische Nationalbibliothek sowie die Website des GDN sichergestellt werden. Festgehalten wurden die Grundprinzipien des GDN – Transparenz, Pluralismus, Inklusion, Neutralität und gegenseitiger Respekt – in einer Charta.<sup>14</sup>

Überwacht und begleitet wurde der GDN durch ein Gremium aus fünf sogenannten **Garanten**. Zwei davon wurden von der Regierung ernannt, die übrigen drei von den Präsidenten des Senats, der Nationalversammlung und des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats (CESE).

Bei den fünf Garanten handelte es sich um Persönlichkeiten mit einer langjährigen Berufserfahrung in Bereichen, die unterschiedliche Facetten des öffentlichen Lebens, der Zivilgesellschaft und der sozialen Beziehungen tangieren.<sup>15</sup>

Außerdem wurden alle Parteifamilien im Parlament eingeladen, sich in ein überparteiliches Gremium (*Comité de suivi*) einzubringen, das ebenfalls die Transparenz des Prozesses überwachen sollte.

Auch wenn das Gremium der Garanten eher aus institutionellen Überlegungen heraus konzipiert war, oblag ihm die **wissenschaftliche Begleitung** der Debatte sowie die Validierung der für die Auswertung der Ergebnisse vorgesehenen Analysemethoden. Hierfür wurde die notwendige Expertise gegebenenfalls auch bei Fachleuten eingeholt. Zusätzlich gab es eine unabhängige und von der Organisation des GDN losgelöste wissenschaftliche Begleitung über eine zu diesem Zweck gegründete Beobachtungsstelle (*Observatoire des débats*), an der sich mehrere Forschungseinrichtungen und Think Tanks aus dem Bereich der partizipativen Demokratie beteiligten. Insgesamt wurden hierüber rund 200 per Zufall ausgewählte Konsultationen in ganz Frankreich sowie 17 Bürgerkonferenzen begleitet, um über soziologische Analysen Aufschlüsse über die soziale Situation der Franzosen zu erhalten, die sich an den Konsultationen beteiligten. Parallel dazu konnten Freiwillige Konsultationen in ihrem Umfeld beobachten und die Ergebnisse über einen detaillierten Fragebogen an eine Internetplattform übermitteln.

Die **Auswertung** des im Rahmen des GDN gesammelten Materials erfolgte durch mehrere Beratungs-, Meinungsforschungs- und Datenanalyseunternehmen, darunter Opinion Way und Roland Berger. Alle eingereichten Dokumente (Briefe, Ergebnisberichte der lokalen Konsultationen, Bürgerhefte) wurden digitalisiert und, wo nötig, transkribiert und anonymisiert. Daraus wurden 720.000 Ideen extrahiert. Diese wurden gruppiert, Prioritäten herausgefiltert und Aspekte, die Konsens sind gegenüber jenen, die umstritten sind, herausgearbeitet. Angesichts der Fülle der Informationen wurden mechanische, softwaregestützte automatisierte und KI-Verfahren (*deep learning*) kombiniert. Mit ähnlichen Verfahren wurde die Beteiligung an der Online-Umfrage ausgewertet, wobei allerdings mit festen Wortlisten gearbeitet wurde. Zu den Themenkonferenzen wurden jeweils Ergebnisprotokolle veröffentlicht, zu den Bürgerkonferenzen gab es einen Gesamtbericht.<sup>16</sup>

<sup>17</sup> La parole des Français. Restitution du Grand Débat National, 8. April 2019, <https://granddebat.fr/media/default/0001/01/9358a508cfde886cc739ab941f8af7c3e6776991.pdf>

<sup>18</sup> Rapport du Collège des garants du grand débat national. 9. April 2019, S.13.

<sup>19</sup> Jean-Michel Fourniau 2019: Le „grand débat national“: un exercice inédit, une audience modérée au profil socioéconomique opposé à celui des gilets jaunes. Synthèse des travaux de l'observatoire des débats no 1. Dabei handelt es sich um erste, vorläufige Ergebnisse. Die Erhebung umfasst 200 Veranstaltungen und 4.330 Fragebögen von Teilnehmern.

<sup>20</sup> Jean-Michel Fourniau 2019, op. cit.

### III. Erste Ergebnisse und Reaktionen

Im Nachfolgenden werden erste Ergebnisse und Reaktionen auf die große Bürgerbefragung dargestellt. Diese beruhen primär auf den unter großem Zeitdruck erstellten offiziellen Analysen sowie ersten vorläufigen Ergebnissen unabhängiger Beobachter. Weitere Auswertungen von unterschiedlichen Seiten sind im Entstehen und werden in den kommenden Monaten und Jahren folgen. Auch gilt es zu berücksichtigen, dass das im Rahmen des GDN gesammelte Material kein Spiegelbild der französischen Gesellschaft darstellt. Es ist beeinflusst durch den von der Regierung vorgegebenen thematischen Rahmen sowie der durchaus unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft, sich einzubringen.

#### Beteiligung

Die vielfältigen Formate des *Grand Débat National* haben eine rege Beteiligung bewirkt. Insgesamt fanden über 10.000 lokale Bürgerkonsultationen statt, in Altenheimen ebenso wie unter Gefängnisinsassen. Per Brief und Email gab es weitere 27.000 Beiträge zur Debatte. Zusätzlich wurden in rund 16.000 Bürgerheften Stellungnahmen gesammelt. Online wurden knapp 2 Millionen Beiträge auf die Plattform eingestellt. Offizielle Schätzungen gehen davon aus, dass sich insgesamt ca. 1,5 bis 2 Millionen Franzosen an der Debatte beteiligten.

Parallel zur Bürgerbefragung haben sich 250 Organisationen mit Beiträgen in die Debatte eingebracht. Das auf diesem Weg gesammelte Material umfasst über 600.000 Seiten und führte zu Synthesen und Ergebnisberichten im Umfang von rund 1.500 Seiten.<sup>17</sup>

Unterschiedliche Gebiete in Frankreich haben sich dabei, ebenso wie einzelne gesellschaftliche Gruppen, unterschiedlich intensiv beteiligt. Erste wissenschaftliche Einschätzungen deuten darauf hin, dass die lokalen Bürgerkonsultationen seltener in städtischen Problemvierteln und in kleineren Kommunen mit unter 5.000 Einwohnern organisiert wurden. Dagegen fanden sie häufiger in Gebieten statt, die 2017 einen hohen Anteil an Macron-Wählern aufwiesen. Trotz dieser Unterschiede war die territoriale Abdeckung insgesamt gut – im Umkreis von 20 Kilometern um ihren Wohnort (*France métropolitaine*) konnten sich so gut wie alle Franzosen an einer lokalen Debatte beteiligen. Etwa die Hälfte der Debatten war von gewählten Mandatsträgern, ein gutes Viertel von den Bürgern selbst organisiert worden.<sup>19</sup>

Auch soziodemographisch lassen sich gewisse Tendenzen feststellen. Ältere Menschen haben sich demnach besonders stark an den lokalen Konsultationen beteiligt – etwa die Hälfte waren Rentner. Jüngere Menschen und junge Berufstätige zwischen 30 und 40 Jahren waren hingegen unterproportional beteiligt. Männer beteiligten sich etwas häufiger als Frauen (55 vs. 45 %), Personen mit höherem Bildungsabschluss und aus guten finanziellen Verhältnissen waren stark überrepräsentiert. Fast zwei Drittel der Teilnehmer gaben an, mit ihrem Einkommen gut oder recht gut zurecht zu kommen.<sup>20</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch ein Team aus Ökonomen, das mit ökonomischen Verfahren die geografische Verteilung der Beiträge auf der Online-Plattform in Abhängigkeit von wirtschaftlichen, demografischen und

#### **Beteiligung der Franzosen<sup>18</sup>**

500.000 über die Internetplattform

700.000 über die lokalen Konsultationen (im Schnitt 70 pro Veranstaltung)

720.000 über die Bürgerhefte (im Schnitt 40 pro Heft)

27.000 per Brief

1.400 an den regionalen Bürgerkonferenzen

<sup>21</sup> Bennani, Gandré und Monnery 2019: Les déterminants locaux de la participation numérique au Grand débat national: une analyse économétrique, *EconomiX Working Papers* No 2019-7, Université de Paris Nanterre.

<sup>22</sup> Synthèse des Conférences citoyennes régionales, <https://granddebat.fr/media/default/0001/01/0fb76a304e8f30869c8e8b34f14cb564b18f4836.pdf>

<sup>23</sup> Synthèse des Conférences citoyennes régionales, op. cit.

<sup>24</sup> Synthèse des Conférences citoyennes régionales, op. cit.

politischen Charakteristika des jeweiligen Departements analysierte.<sup>21</sup>

Insgesamt betrachtet, unterscheidet sich damit das soziodemografische Profil der Franzosen, die sich am GDN beteiligten, relativ deutlich von dem der Gelbwesten. Dies mag auch daran gelegen haben, dass es parallel zum GDN eine konkurrierende sogenannte „echte Debatte“ gab (*Le vrai débat*, <https://www.le-vrai-debat.fr>), die von den Gelbwesten näher stehenden Personen organisiert und durchgeführt wurde und für sich beanspruchte, authentischer als der GDN den Bürgern die Möglichkeit der Beteiligung zu geben.

---

## Erfahrungen mit den Bürgerkonferenzen

---

An den 21 Konferenzen mit zufällig ausgewählten Bürgern nahmen insgesamt rund 1.400 Franzosen teil. Die Beteiligung an den einzelnen Veranstaltungen schwankte zwischen 19 (Guadeloupe) und 125 (Ile-de-France). 32 Moderatoren waren im Einsatz, unterstützt von knapp 200 Freiwilligen. Die Bürgerkonferenzen waren ähnlich strukturiert wie die lokalen Bürgerkonsultationen. Über einen Dreischritt *Diagnose* (Was ist gut und was funktioniert eher schlecht?) – *Priorisierung der Probleme* – *konkrete Lösungsvorschläge* sollten die einzelnen Themenfelder moderiert in der Kleingruppe bearbeitet und im Plenum jeweils gemeinsam Prioritäten bestimmt werden. Experten zur Unterstützung waren nicht vorgesehen, aber es wurde Informationsmaterial zur Verfügung gestellt und es wurden Zeitfenster für dessen Diskussion eingeplant. Außerdem gab es bei jeder Konferenz eine Person, die einen Faktencheck organisierte und, wenn nötig, Experten telefonisch kontaktierte. Im Rahmen der Veranstaltungen wurden 230 Politikvorschläge zu den von Macron vorgegebenen Themenbereichen erarbeitet. Zu Beginn und am Ende der Veranstaltung wurden von allen Teilnehmenden Fragebögen zu ihren Erwartungen und Erfahrungen ausgefüllt.<sup>22</sup>

Nicht überall war es gelungen, genügend Freiwillige zu rekrutieren, ohne dass dabei die Kriterien zur Pluralität verletzt worden wären. Rund 300.000 Kontakte bei 800.000 per Zufall generierten Telefonnummern waren nötig, um auf die genannte Teilnehmerzahl zu

kommen. Von all denjenigen, die sich im Anschluss an einen Erstkontakt interessiert zeigten, verpflichteten sich letztlich nur 1,4 % schriftlich zur Teilnahme.<sup>23</sup> Die Teilnehmer waren insgesamt gesehen überproportional aus städtischen Einzugsgebieten und hatten ein höheres Bildungsniveau als die Gesamtbevölkerung. Der Bias in der Mobilisierung konnte somit auch durch den Mechanismus der Zufallsauswahl, trotz zusätzlicher Bemühungen, die unterrepräsentierten Profile zu rekrutieren, nicht gänzlich behoben werden.

Die Teilnehmer an den Konferenzen äußerten sich überwiegend positiv über die Erfahrung. Ihre generelle Zufriedenheit mit der Veranstaltung bewerteten sie im Schnitt mit 7,8 von 10 Punkten. Besonders zufrieden zeigten sie sich mit der Möglichkeit, sich selbst einbringen zu können (8 von 10) und der Qualität des Austausches unter den Bürgern (8,3 von 10). Viele Teilnehmer gaben an, dass ihnen bewusst wurde, dass sie ausgehend von ihrer eigenen Erfahrung, auch dank der Bereitstellung zusätzlicher Informationen, in der Lage sind, an politischen Debatten teilzunehmen.<sup>24</sup> Diejenigen, die dafür gewonnen werden konnten, bewerteten diese Form der Beteiligung damit überwiegend positiv.

---

## Themen, Wünsche und Forderungen

---

Alle vier vorgeschlagenen Themenschwerpunkte wurden im Rahmen des GDN intensiv diskutiert, wobei die Themen Demokratie und Bürgerschaft sowie Steuern und Staatsaufgaben besonders präsent waren. Zusätzlich zu den von der Regierung vorgeschlagenen Themenschwerpunkten waren die Kaufkraft, wie sie sich vor allem mit der Forderung nach einer Anhebung des Rentenniveaus verband, die Gestaltung des Wirtschaftssystems und die Themenbereiche Gesundheit und Solidarität vielen Franzosen ein Anliegen. Im Einzelnen lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten, die naturgemäß nur einige wenige wichtige Aspekte des umfangreichen Materials aufgreifen:

- **Demokratie und Staatsbürgerschaft:** Es bestätigte sich das für Frankreich gut dokumentierte Misstrauen in die bestehenden Mechanis-

<sup>25</sup> Alle Prozentangaben sind der Onlineumfrage im Rahmen des GDN entnommen.

<sup>26</sup> In einer repräsentativen Umfrage aller Franzosen sind es 35 %. BVA Opinion: Les Français répondent aux questions proposées au site du Grand Débat National, 11. Februar 2019.

<sup>27</sup> Les Français, le « grand débat national » et la politique fiscale. Sondage ELABE pour BFMTV, 10. April 2019.

<sup>28</sup> Siehe auch Manon Rescan: A l'Assemblée, le grand débat accouche d'une souris. Le Monde, 4. April 2019.

men der politischen Repräsentation insbesondere auf nationaler Ebene. Um die Beziehung zu verbessern, wird vor allem ein vorbildhafteres Verhalten von den Gewählten, eine Reduktion ihrer Privilegien sowie mehr Repräsentativität in ihrer Auswahl, z.B. über ein Verhältniswahlrecht, erwartet. Zusätzlich wird der Wunsch nach Formen verstärkter direkter Beteiligung geäußert, die in Umfragen ebenfalls hohe Zustimmungswerte finden.

- **Energiewende:** Es manifestierte sich eine breite Problemwahrnehmung, insbesondere hinsichtlich des Klimawandels sowie des Ressourcenverbrauchs. Auch wenn es ein Bewusstsein dafür gibt, dass diese Herausforderungen alle betreffen und jeder etwas zu deren Bewältigung beitragen kann, glaubt eine Mehrheit nicht, dass Treibstoffsteuern das Verhalten der Konsumenten verändern. Vielmehr sollten Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr intensiviert und (positive) finanzielle Anreize gesetzt werden. Drei Viertel der Franzosen meinen, dass Umweltschutz den einzelnen nicht notwendigerweise durch finanzielle Mehrausgaben belastet.<sup>25</sup>
- **Staats- und Verwaltungsaufbau:** Es zeigt sich eine große Unzufriedenheit sowohl mit dem Verwaltungsdickicht (86 % finden, dass es zu viele Ebenen gibt) als auch mit der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort (viele nehmen einen Rückzug war). Knapp die Hälfte der Franzosen gibt an, aufgrund komplizierter Verwaltungsverfahren bereits auf Leistungen verzichtet zu haben.<sup>26</sup> Die kommunale Ebene genießt bei den Bürgern besonderes Vertrauen; gleichzeitig wird ein Ungleichgewicht zugunsten des Zentralstaats und seinen Beamten wahrgenommen, das abgebaut werden sollte. Teilweise wird ein verbesserter Zugang zur Verwaltung über das Internet gefordert.
- **Steuern, Ausgaben und Aufgaben der öffentlichen Hand:** Der Wunsch nach Steuersenkungen sowie mehr Steuergerechtigkeit ist stark ausgeprägt. Das System wird als intransparent wahrgenommen und als zu einseitig die arbeitende Mittelschicht belastend. Zum Verständnis von Steuergerechtigkeit gehört einerseits, dass sich alle beteiligen, etwa indem alle Bürger Einkommensteuer

bezahlen; andererseits beinhaltet es, dass höhere Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen. Die Bereitschaft, Steuern zu bezahlen, um für die Allgemeinheit wünschenswerte Ziele zu erreichen (Umwelt, Alkohol, Tabak) ist bei rund 40 % gegeben. Für Einsparungen kommen einzelne Sozialleistungen ebenso in Betracht wie die Bereiche Verteidigung und sozialer Wohnungsbau. Die Einkommen- und die Mehrwertsteuer sollten aus Perspektive der Teilnehmer prioritär reduziert werden. Vor allem im Gesundheitsbereich sollte hingegen mehr investiert werden, was repräsentative Umfragen ebenfalls belegen.<sup>27</sup>

Die Diskussionen im Rahmen des GDN machen deutlich, dass materielle Fragen, die die eigenen Lebensbedingungen betreffen, eine wichtige Rolle spielten. Dies gilt für die Steuerbelastung ebenso wie die Versorgung mit unterschiedlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen vor Ort. Mindestens genauso intensiv diskutiert wurden allerdings die Themenbereiche Demokratie und Bürgerschaft, die vor allem mit Teilhabe zu tun haben. Vielen Franzosen ist es alles andere als egal, wie sie regiert werden. Sie möchten gehört werden und mitgestalten, vor allem aber haben sie hohe Erwartungen an das Verhalten derjenigen, die für das Gemeinwohl Verantwortung tragen.

---

## *Politische Reaktionen*

---

In Reaktion auf die Ankündigung des GDN wurden einige Gesetzesvorhaben aufgeschoben, um die Ergebnisse der Bürgerbefragung abzuwarten. Dies gilt insbesondere für die vom Präsidenten angestrebte Verfassungsreform, Reformen im Bereich des (Nah-)Verkehrs sowie Gesetzesvorlagen, die die territoriale Staatsgliederung und Kompetenzverteilung betreffen.

Noch bevor die Ergebnisse des GDN vorlagen, fand Anfang April eine über 10-stündige Debatte in der *Assemblée nationale* statt. Diese war für die Parlamentarier vor allem die Gelegenheit, ihre eigenen Vorschläge und Ansichten zu den vier Themenbereichen der Debatte einzubringen. Da die Regierung selbst noch an ihrer Antwort arbeitete, wurde die Debatte von vielen Parlamentariern als Zeitverschwendung empfunden.<sup>28</sup>

<sup>29</sup> Discours de M. Edouard Philippe lors de la restitution du Grand débat national. Paris, 8. April 2019.

Die Antwort der Regierung wurde zunächst durch den Premierminister vorbereitet, der am 8. April 2019 im Anschluss an die offizielle Vorstellung der Ergebnisse erste Schlussfolgerungen in Form von vier Imperativen – weniger Steuern, mehr solidarischer Miteinander vor Ort, bessere demokratische Verfahren und eine klimafreundlichere Politik – skizzierte.<sup>29</sup>

Macron legte seine Schlussfolgerungen am 25. April anlässlich einer zu diesem Zweck einberufenen Pressekonferenz dar. Vor rund 320 Journalisten ging er auf einige, wie er mit betonte, berechnete Anliegen der Gelbwesten ein. Inhaltlich folgte anschließend vor allem eine Begründung seiner bisherigen Maßnahmen, an denen er festhält und bestenfalls Tempo, Präsentation und Vermittlung kritisch betrachtet, und eine Vorausschau auf die kommenden drei Jahre seiner Amtszeit.

Einige der angekündigten Maßnahmen, wie die Rentenreform oder eine Reform der politischen Institutionen, waren auch davor schon Teil seines Programms; andere sind unmittelbarer an die Proteste und die Ergebnisse des GDN geknüpft. Letzteres gilt insbesondere für Maßnahmen zur Stärkung der französischen Demokratie durch partizipative Elemente sowie weitere finanzielle Zugeständnisse an die unteren Einkommensschichten. Einige zentrale Forderungen der Gelbwestenbewegung – wie eine Wahlpflicht, die Anerkennung der Abgabe eines leeren Stimmzettels (*vote blanc*), von Bürgern initiierte Referenden auf nationaler Ebene (*référéndum d'initiative citoyenne*, RIC) sowie eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ohne vorherige Überprüfung deren Effekte – lehnte er ab.

### Macrons Ankündigungen in Reaktion auf den *Grand Débat*

<p><b>1. Demokratie stärken</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Parlament: Mehr Proportionalität, weniger Abgeordnete</li> <li>• Einführung eines Rates aus 150 Zufallsbürgern im reformierten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (CESE)</li> <li>• Stärkung weiterer partizipativer Elemente (Referenden und Petitionen)</li> <li>• Tiefgreifende Reform der frz. Verwaltungselite (Grand Corps), insbesondere der Verwaltungshochschule ENA</li> </ul>	<p><b>2. Kaufkraft steigern, strukturelle Ungleichheiten bekämpfen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Steuersenkungen im Umfang von 5 Mrd. Euro für die Bürger</li> <li>• Kopplung des Rentenniveaus an die Preisentwicklung + Mindestrente von 1.000 Euro bei genügend Beitragsjahren</li> <li>• Steuerbefreite Sonderprämie bis 1.000 Euro (durch den Arbeitgeber)</li> <li>• Stärkung der sozialen Mobilität durch Verbesserung des Bildungssystems</li> </ul>
<p><b>3. Transitionen gestalten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konvention mit 150 Zufallsbürgern zur Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge für die Energiewende</li> <li>• Gründung eines Rates (aus den relevanten Ministern) zur Verteidigung der Umwelt (<i>Conseil de défense écologique</i>)</li> <li>• Umbau des Rentensystems</li> </ul>	<p><b>4. Zusammenhalt vor Ort stärken</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterer Dezentalisierungsschub, mehr territoriale Differenzierung zulassen</li> <li>• Stärkung der Bürgermeister</li> <li>• Räumliche Zusammenlegung der öffentlichen Daseinsvorsorge (<i>maisons de service public</i>)</li> <li>• Keine Schließungen mehr von Schulen und Krankenhäusern ohne Zustimmung des Bürgermeisters</li> </ul>

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

<sup>30</sup> Ipsos-Sopra Steria: Enquête électorale française 2019, 22. April 2019.

<sup>31</sup> Harris interactive und Epoka: Le Grand Débat National, quelle perception par les Français? 25. April 2019.

<sup>32</sup> Ipsos-Sopra Steria, 22. April 2019, op. cit.

<sup>33</sup> Ipsos-Sopra Steria: „Les fractures françaises“: Le Grand Débat National, 24. Januar 2019.

<sup>34</sup> Fourniau op. cit, S. 9.

<sup>35</sup> Ipsos-Sopra Steria, 22. April 2019, op.cit.

Viele der von Macron angekündigten Maßnahmen finden über parteipolitische Affinitäten hinweg hohe Zustimmungswerte. Zwei Drittel der Franzosen geben an, dass die Maßnahmen zur öffentlichen Daseinsvorsorge, der Steuergerechtigkeit sowie solidarische Maßnahmen durchaus den Erwartungen der Franzosen anlässlich des GDN entsprechen.<sup>30</sup> Über die Hälfte geht davon aus, dass sich dadurch die Lage im Land wirklich verändern wird. Mit Werten von über 80 % finden die Ankündigun-

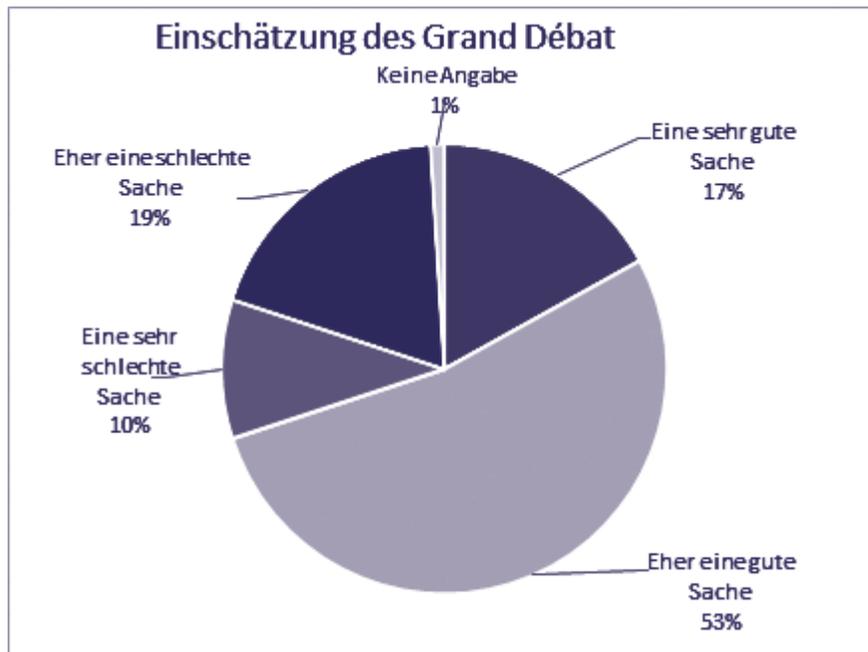
gen, keine Schulen und Krankenhäuser bis 2022 mehr ohne Zustimmung des örtlichen Bürgermeisters zu schließen, die Kopplung des Rentenniveaus an die Preisentwicklung sowie eine Senkung der Einkommensteuer besonders große Zustimmung.<sup>31</sup> Skeptischer sind die Franzosen hingegen, ob es gelingt, das Funktionieren der Demokratie zu verbessern – dahingehend ist es weniger als die Hälfte (44 %).<sup>32</sup>

## Fazit

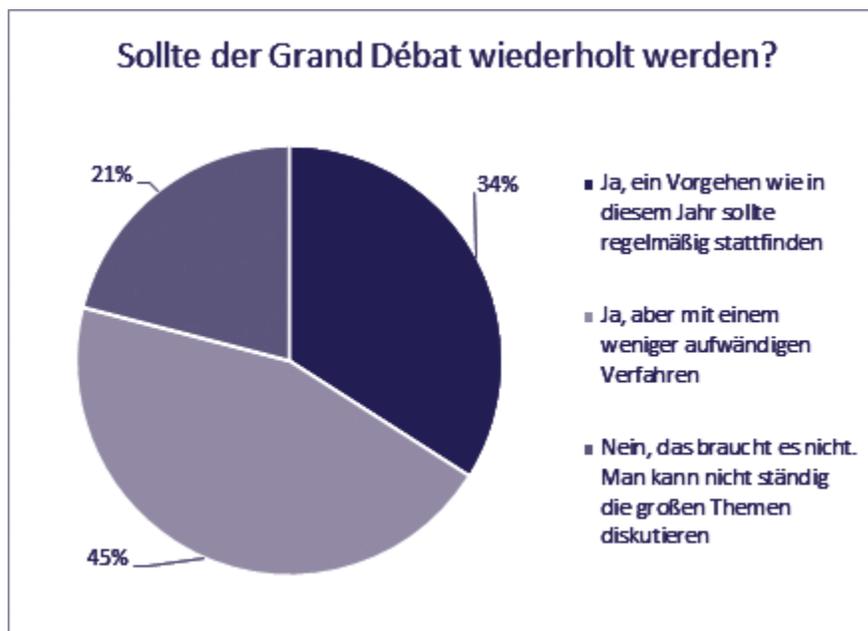
Die von Emmanuel Macron angestoßene Bürgerbefragung wurde von den Franzosen gut angenommen und zeigt, dass es bei vielen Bürgern den Wunsch gibt, sich über Wahlen hinaus politisch zu beteiligen und mit ihren Anliegen im öffentlichen Raum Gehör zu finden. Insgesamt waren etwa 44 % der Franzosen prinzipiell daran interessiert, sich an der Debatte zu beteiligen.<sup>33</sup> Auch wenn es nicht gelang, die Proteste der Gelbwesten dadurch zum Erliegen zu bringen, so hat die Debatte doch zu einer Befriedung der Situation und zur Entschärfung der akuten politischen Krise, in der sich der Präsident und seine Regierung befanden, beigetragen.

Die Debatte hat eine intensive Auseinandersetzung mit den individuellen und kollektiven Lebensbedingungen im Land erlaubt. Selten, wenn überhaupt, wurde einer Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, sich in so vielfältiger Form mit ihren Nöten, Wünschen und Bedürfnissen in eine öffentliche Debatte einzubringen. Der *Grand Débat* hat Menschen zur Teilnahme am politischen Leben mobilisiert, die in ihrer Mehrheit dies bislang so nicht getan hatten. Rund die Hälfte der Teilnehmer an den lokalen Konsultationen gab an, zum ersten Mal an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen.<sup>34</sup> Gleichzeitig belegt die französische Erfahrung aber auch, dass es durch partizipative Verfahren nicht ohne weiteres gelingt, bestehende Unterschiede in der Repräsentation einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu überwinden. Nur weil Bürger unmittelbarer teilnehmen können, sind, mit anderen Worten, nicht alle Anliegen automatisch besser repräsentiert.

Trotz der prinzipiellen Unterstützung – 70 % der Franzosen finden, dass der GDN eine gute Sache war – und der beachtlichen Mobilisierung zeigen die Franzosen eine gewisse Reserviertheit gegenüber dessen unmittelbaren politischen Konsequenzen. Lediglich ein Drittel der Franzosen hält den GDN für ein nützliches Unterfangen. Nur ein Viertel glaubt, dass dieser die wirtschaftliche, soziale und politische Situation Frankreichs verbessern wird, hinsichtlich ihrer eigenen Situation sind es lediglich 14 %.<sup>35</sup> Bei dieser Einschätzung mag ein gewisser kollektiver Pessimismus mitschwingen, der die öffentliche Meinung in Frankreich in den letzten Jahren auch im Vergleich zu den europäischen Nachbarn charakterisiert hat. Er zeigt zumindest, dass keine übersteigerten Erwartungen hinsichtlich der durch die Debatte angestoßenen Veränderungen bestehen. Möglicherweise muss dies auch als Hinweis dafür gesehen werden, dass es bei der Befragung eben nicht nur um die daran geknüpften Maßnahmen und deren unmittelbaren Auswirkungen geht, sondern auch um politische Teilhabe. So finden 79 % der Franzosen, dass das Format der nationalen Debatte fortgeführt werden sollte. Es gibt bei vielen Franzosen folglich den Wunsch, zu Sachthemen befragt zu werden und über diesen Weg an der politischen Willensbildung mitzuwirken.



Quelle: Harris interactive und Epoka: *Le Grand Débat National, quelle perception par les Français ?* 14. März 2019, S.11.



Quelle: Odoxa: *Bilan du Grand Débat National*, 14. März 2019, S. 17.

### Repräsentation und Partizipation

Repräsentative Demokratien sehen über die Wahlen hinaus unterschiedliche Formen der Beteiligung am politischen Leben vor – die Arbeit in Verbänden und Parteien, Demonstrationen oder Petitionen. Möchte man repräsentative Demokratien über partizipative Elemente stärken, stellt sich unweigerlich die Frage, wie weit die Beteiligung der Bürger an politischen Willensbildungs-

und Entscheidungsprozessen gehen und durch welche Kanäle diese konkretisiert werden soll. Diesbezüglich waren in Frankreich unterschiedliche Erwartungen an den GDN geknüpft – auch weil die Konturen des GDN dahingehend nicht eindeutig waren.

Macron selbst ging es zunächst einmal um die Gelegenheit der freien Meinungsäußerung möglichst aller Franzosen. Sie war Teil seiner politischen Strategie zur Befriedung der Situation im Land. Im Idealfall würde dies zu mehr

gegenseitigem Verständnis beitragen – das zumindest legt das vom Präsidenten vorgetragene Bild eines neuen Gesellschaftsvertrages nahe, das er mit der Ankündigung des GDN verband. Ob eine einzelne Debatte – und mag sie noch so groß angelegt sein – diesen Zweck erfüllen kann, muss bezweifelt werden. Veränderungen in der politischen Kultur und im Verhältnis der Franzosen zu ihrem politischen System werden, wenn überhaupt, nur langsam von Statten gehen.

Aus Sicht der Organisatoren war der GDN vor allem politisch gedacht. Es handelte sich um eine vom Staatspräsidenten vorgeschlagene und von der Verwaltung gesteuerte Form des Dialogs mit den Franzosen. Sie bot dem Präsidenten, wie sein breit angelegter Begegnungsmarathon quer durchs Land belegt, eine politische Plattform, die er für sich nutzte und die zu einer Verbesserung seines Bildes bei den Franzosen beitrug. Der Regierung bot sie Orientierung bei der weiteren Gestaltung ihrer Politik. Objektiv ableitbare Ergebnisse kann eine solche Befragung nicht haben – das Meinungsbild, das durch die Debatte entstand, ist weder repräsentativ noch widerspruchsfrei in politische Maßnahmen überführbar. Letztlich hat die Regierung selbst entschieden, was ihr daraus für ihre weitere Politik relevant erschien.

Die starke Präsenz der Regierung wurde teils massiv kritisiert, auch von den Garanten, die den GDN überwachten und begleiteten. Zwar lenkte die Präsenz

des Präsidenten und der Regierung die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Debatte und unterstrich deren Wichtigkeit, teilweise wurde dies aber auch als Versuch der politischen Vereinnahmung kritisiert. Dies betrifft die Präsenz des Präsidenten ebenso wie die inhaltliche Betreuung des GDN durch ein Team aus Beamten sowie die thematischen Vorgaben.

Abgesehen von der durch die Regierung anvisierte Form der Bürgerkonsultation zu hierfür vorgegebenen Themen verbanden sich zwei alternative Verständnisse mit dem GDN, die beide auch in der Debatte angelegt waren. Einerseits forderten gerade Wissenschaftler, dass der GDN vor allem dazu dienen müsse, ein möglichst ungetrübtes Bild der sozialen Lage im Land über eine völlig freie Meinungsäußerung zu erheben. Thematische Vorgaben sowie der Wunsch konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten, standen konträr zu diesem Verständnis. Andere verbanden mit dem GDN die Aussicht, dass dadurch neue Formen der demokratischen Entscheidungsfindung dauerhaft etabliert werden würden und die Bürger künftig stärker selbst (mit-)entscheiden dürften, etwa über Referenden oder deliberative Versammlungen. Der moderierte, ergebnisorientierte Austausch im Rahmen der Bürgerkonferenzen deutete in diese Richtung, ging jenen Verfechtern allerdings nicht weit genug.

Die Auseinandersetzung zeigt, dass repräsentative Verfahren und partizipative Elemente nicht immer reibungslos ineinandergreifen und dass Sinn und

### Repräsentative, partizipative, deliberative oder direkte Demokratie – worum gehts?

In Demokratien geht alle Staatsgewalt vom Volk aus. Zuweilen wird diese *direkt* ausgeübt – etwa bei Wahlen oder wenn Bürger mittels Referenden oder Volksabstimmungen verbindliche politische Entscheidungen treffen. Zumeist geschieht dies allerdings durch gewählte Vertreter, den Repräsentanten. Gleichwohl können Bürger in unterschiedlichen Formen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben, also *partizipieren*. Wenn diese über den in repräsentativen Demokratien üblichen Rahmen, wie Parteiarbeit oder Demonstrationen hinausgeht, spricht man auch von partizipativer Demokratie. Zu deren Instrumenten gehören Anhörungen, Bürgerversammlungen, Beiräte und Petitionen. Deliberation ist eine Form der Partizipation, die dem verständigungsorientierten Austausch zwischen (bzw. mit) Bürgern einen besonderen Platz in der Politik einräumt. Die modernen Demokratien sind alle repräsentative, in die in unterschiedlichem Ausmaß partizipative, deliberative und direktdemokratische Elemente eingebunden sind.

Zweck eines solchen Unterfangens klar definiert und kommuniziert werden müssen, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Im Spannungsverhältnis von Konsultation und Deliberation sowie dem Ineinandergreifen partizipativer Elemente und Verfahren der repräsentativen Demokratie waren die Konturen des GDN unklar geblieben und haben dadurch Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden konnten.

Die Idee, den GDN über eine auf den Bürgern beruhende Form der politischen Entscheidung abzuschließen – etwa über ein von der Regierung oder gar von einer Versammlung aus Zufallsbürgern erarbeitetes Referendum, wurde von der Regierung nicht aufgegriffen. Gleichzeitig hat die Regierung entschieden, den Bürgern künftig einen institutionalisierten Platz im Bereich der politischen Willensbildung einzuräumen. 150 Zufallsbürger sollen zu diesem Zweck Teil des reformierten (und aufgewerteten?) Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (CESE) werden, der als Stimme der Zivilgesellschaft beratende Funktion hat. Zusätzlich zur Stärkung lokaler Referenden birgt diese Ankündigung das Potenzial einer echten demokratischen Neuerung.

\*\*\*

Frankreich hat mit der Krise der Gelbwesten und der sich daran anschließenden nationalen Debatte eine besondere Phase der Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen im Land durchlebt.

Wie nachhaltig sich diese Erfahrung auswirkt, wird davon abhängen, wie sehr sich die mit ihr verbundenen Einsichten im politischen Gedächtnis der Nation – sowohl seitens der politischen Entscheidungsträger als auch der breiteren Öffentlichkeit festsetzen und längerfristig Entscheidungen prägen. Dies betrifft neben der Verbesserung der demokratischen Verfahren vor allem die Versorgung mit zentralen Infrastrukturen und Dienstleistungen des alltäglichen Lebens im Land. Dahingehend wird viel von den weiteren Reformfortschritten der kommenden Monate abhängen. Angesichts der starken Veränderungen, denen die Zufriedenheitswerte mit politischen Systemen im Zeitverlauf unterworfen sind, ist die Annahme berechtigt, dass sich diese durch konkrete politische Maßnahmen positiv beeinflussen lassen. Nur wenn dies gelingt und dauerhaft für die Franzosen sichtbar ist, wird der *Grand Débat* rückblickend mehr gewesen sein als ein kluger punktueller Schachzug des derzeitigen Präsidenten.

## Kommentar: Bürgerbeteiligung – Potenzial und Grenzen

Von Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg

Zunächst möchte ich dem Deutsch-Französischen Institut für diese Ausgabe der Aktuellen Frankreich-Analysen danken. Denn sie greifen ein Thema auf, das nicht nur in Frankreich, Deutschland und Baden-Württemberg aktuell ist, sondern eine europaweite bis globale Frage ist: Wie kann die liberale Demokratie vor den großen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Digitalisierung, der Bedeutung von künstlicher Intelligenz uvm. bestehen, legitime Entscheidungen zum Wohle der Menschen hervorbringen und sich gleichzeitig zukunftsfähig aufstellen? Ich möchte dazu ein paar Erfahrungen aus Baden-Württemberg aufzeigen, die sich stark mit den französischen decken.

---

### *Die Politik des Gehörtwerdens*

---

Als im Herbst des Jahres 2010 mit der gewaltsamen Räumung des Schlossgartens durch die Polizei der Höhepunkt der Proteste gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 erreicht wurde, war die große Frage, wie man aus diesem tiefen Vertrauensverlust der Menschen gegenüber der Politik und der Verwaltung herauskommen könne.

Der damalige Spitzenkandidat von Bündnis90/Die Grünen und jetziger Ministerpräsident Winfried Kretschmann erkannte, dass es nur eine Politik des Gehörtwerdens sein kann, die den Graben zwischen der Politik und den Menschen wieder schließt. Er stellte nicht nur seine Politik unter diesen Leitsatz, sondern schaffte u.a. durch das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung dem Thema eine bisher nie dagewesene Sichtbarkeit und politische Bedeutung. Ähnliches tat Staatspräsident Macron, als er ausgehend von den Protesten der Gelbwesten den *Grand Débat National* ausrief und den Prozess auf sich zuschnitt.

Es brauchte das Krisenelement, um die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit neu auszurichten. Seitdem haben wir in

Baden-Württemberg einen sehr tiefgreifenden kulturellen Wandel hinbekommen. Öffentlichkeitsbeteiligung ist kein nice-to-have mehr, sondern Element eines grundsätzlichen Politikansatzes – auch wenn ich gestehen muss, dass dieser jeden Tag wieder neu erkämpft werden muss.

Und das ist etwas, was auch Frankreich anstreben sollte. Beteiligung ist nichts Punktuelleres, sondern muss eine dauerhafte von der politischen Führung unterstützte und getragene Politik sein. Hieran wird sich auch in Frankreich zeigen, inwieweit die Saat, die erfolgreich gelegt wurde, auch langfristig Früchte trägt. Denn es bedarf eines langen Atems, um ein Vertrauen wieder aufzubauen, das über Jahrzehnte stückweise verloren gegangen ist. Bürgerbeteiligung ist kein Quick-win. Es braucht Ruhe, Ernsthaftigkeit und Kontinuität und der politische Erfolg kann nicht sofort eingefahren werden, wie jetzt das Ergebnis bei der Europawahl in Frankreich zeigt. Bürgerbeteiligung hat auch viele Gegner – von gewählten Gremien, über etablierte Verbände und Institutionen bis hin zu Mandatsträgern, die darin eine Einschränkung der Macht sehen.

---

### *Was bringt Bürgerbeteiligung?*

---

Die Frage ist immer, was Bürgerbeteiligung leisten kann. Zu allererst ist die Beteiligung ein Resonanzraum für die Meinungen und Sichtweisen der Menschen. Durch die Beteiligung können die Menschen ihre Ideen und Vorstellungen, aber auch ihren Unmut offen ansprechen. Dieses Ventil ist notwendig in einer Zeit, in der der öffentliche Diskurs fragmentiert ist. Denn Unzufriedenheit äußert sich bei Wahlen immer in Voten für rückwärtsgewandte Positionen. Durch die gesellschaftliche Tiefenbohrung, wie ich es nenne, kann dem Ganzen der Druck genommen werden, die Politik neu ausgerichtet werden und Zukunftsentscheidungen getroffen werden. Dies zeigen die ersten Reaktionen aus Frankreich. Die Menschen fühlen sich

zunächst einmal gehört, können ihre Themen ablassen und sind wieder frei für Neues. Zudem wertschätzen sie den Austausch auf Augenhöhe. Es muss aber betont werden, dass Bürgerbeteiligung kein Entscheidungsinstrument ist. Die Entscheidung bleibt bei den legislativen Gremien oder bei der Regierung.

Aber hieran setzt die kulturelle Haltung der Verwaltung und der Politik an. Denn Beteiligung verliert sehr schnell an Legitimation, wenn die Ergebnisse nicht aufgenommen, ernsthaft geprüft und im Anschluss kommentiert werden. Bisher hat Präsident Macron sehr vorbildlich gehandelt. Er hat die Dokumente gesichtet, diese sehr gewürdigt und erste politische Maßnahmen daraus umgesetzt. Man kann zu den Ergebnissen stehen,

wie man will und Beteiligung verhilft nicht dazu, dass Ergebnisse von allen mitgetragen werden. Aber gut gemachte Beteiligung kann dazu beitragen, die Legitimation von Entscheidungen zu stärken – wenn sie dann auch entsprechend kommuniziert und begründet dargestellt werden.

Insgesamt bin ich sehr angetan von dem *Grand Débat National* und bin überzeugt, dass dieser die französische Politik langfristig prägen wird. Ich denke, dass sich die Bundesregierung hieran orientieren sollte. Denn der *Grand Débat National* zeigt, dass ernsthafte und gut gemachte Bürgerbeteiligung in einem Nationalstaat möglich sind.

## Aktuelle Publikationen des dfi

---

**Frank Baasner, Siegfried Frech, Dominik Grillmayer (Hrsg.):** Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur, Frankfurt: Wochenschau Verlag, 2019, - 315 Seiten.

**Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.):** Frankreich Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Red.: Dominik Grillmayer, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2019, - 246 Seiten.

**dfi compact Nr. 16:** Azubi-Bacpro: Grenzüberschreitende Kooperationserfahrung in der Berufsbildung. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2018, - 150 Seiten.

**Eileen Keller:** Städtepartnerschaften: Den europäischen Bürgersinn stärken. Eine empirische Studie, Bertelsmann Stiftung, - Gütersloh, 2018, - 60 Seiten.

**Deutsch-Französisches Institut und Stadt Ludwigsburg (Hrsg.):** „Zu unserem Glück vereint“: Ludwigsburger Reden zu Europa. Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co, - Ludwigsburg, 2017, - 288 Seiten.

**Henrik Uterwedde:** Frankreich – eine Länderkunde. - Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2017, - 196 Seiten.

**dfi compact Nr. 14:** Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach der französischen Regionalreform - Aktuelle Situation und mögliche Entwicklungsszenarien. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2016, - 93 Seiten.

**Wüstenrot-Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.):** Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland und Frankreich, 2015, - 255 Seiten.

**Frank Baasner, Stefan Seidendorf (Hrsg.):** Jeder für sich oder alle gemeinsam in Europa?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2013, - 224 Seiten.

**Stefan Seidendorf (Hrsg.):** Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten.

## Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

---



Diese Aktuelle Frankreich-Analyse wurde in Kooperation mit der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, Gisela Erler, erstellt und finanziell durch diese gefördert.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Eileen Keller  
Layout: Waltraut Kruse

Herausgeber:  
Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0  
Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50  
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten:  
<https://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 34  
**Eileen Keller:** Von Meseberg nach nirgendwo? Deutsch-französische Impulse für die Eurozone, Oktober 2018, 14 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 33  
**Martin Villinger:** Bildungsreform in Frankreich – Schul- und Hochschulbereich, Juli 2018, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 32  
**Dominik Grillmayer, Eileen Keller, Stefan Seidendorf:** Ein Jahr Macron – Reformen, Regierungsstil, Herausforderungen, Mai 2018, 19 Seiten